Mittag-Ausgabe.

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil: J. Hachfeld,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank“.

Nr. 35

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 15. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

43. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Die Berathung der Anträge Auer und Richter auf Ermäßigung resp. Beseitigung der Lebensmittelzölle wird fortgesetzt.

Abg. Brömel (dfr.): Niemand hat mit größerer Genugthuung als meine politischen Freunde die Aeußerung des Reichskanzlers in der gestrigen Debatte aufgenommen. Das, was wir vom Bundesrathstisch gehört haben, trug ein ganz anderes Gepräge, als was seit Jahren von derselben Stelle kundgegeben worden ist, sodaß ich mich nicht wundern kann, wenn der Abg. v. Schalscha die ganze Situation verändert, rechter Hand, linker Hand, beides vertauscht fand. Mir hat aus den Worten des Reichskanzlers zum ersten Mal wieder ein menschliches Empfinden für die Ernährung der Bevölkerung hervorgeleuchtet. Er hat den Nachdruck gelegt auf eine Erleichterung der Volksernährung, und wir dürfen mit Fug und Recht diesen Ausspruch als einen Beleg dafür nehmen, daß die Regierung in späterer Zeit dem Bedürfniß des Volkes auf billige Lebensmittel entgegenkommen wird. Bisher war von einer solchen Wandlung kein Anzeichen zu merken. In der ganzen Zeit seit der neuen Schutzzollpolitik ist vom Bundesrathstisch immer nur von der Noth der Landwirthschaft, von den Interessen des Bauernstandes die Rede gewesen, während gestern der Herr Reichskanzler der Erleichterung der Volksernährung ein so warmes Wort sprach. Den schroffen Gegensatz, der jetzt zwischen der Regierung und den Vertretern der Agrarier besteht, hat der Abg. Lutz gestern in seinen Ausführungen über die Erleichterung der Vieheinfuhr gezeigt, indem er diese Maßregeln der Regierung, welche sich Herr v. Caprivi als Verdienst anrechnet, ihm gerade zum Vorwurf macht. Ich sehe darin den Anfang einer grundsätzlichen Aenderung der Ziele der Regierung. Ich hoffe, daß sie konsequent darin weiter gehen wird.

Auch diesmal ist der Widerspruch zwischen den Vertretern der Agrarzölle schroff hervorgetreten. Herr Lutz, der konservative Musterbauer, vertrat mit anerkennenswerther Offenheit den Standpunkt, daß die Zölle die Lebensmittel vertheuern. Herr v. Schalscha leugnete die Vertheuerung vollständig und behauptete, das Ausland trage den Zoll, während Herr Dr. Buhl diese Frage unentschieden ließ. In der Art und Weise, in der Herr Bauer Lutz gestern den Geldgewinn aus den Agrarzöllen vorgerechnet hat, ist der Interessenstandpunkt mit einer Schroffheit und Rücksichtslosigkeit hervorgetreten, wie dies selten in diesem Hause gehört worden ist. (Sehr richtig! links.) Gegenüber diesem Kleinagrarier ist ja der Kommunist ein bescheidener Mann (Heiterkeit), denn dieser will nicht lediglich auf Kosten Anderer dem Einen ein menschenwürdiges Dasein verschaffen. Dieser Herr Kleinagrarier fragt nach den Andern gar nichts, er fragt nicht danach, woher die 160 oder 300 Mk., welche der Bauer durch die Getreidezölle einsteckt, kommen, ob sie zur Selbsterhaltung des Bauern entbehrlich sind, und doch ist es eine Thatsache, daß dieses Geld in die Tasche des Bauern durch die Entbehrungen der ärmsten Klassen fließt. Was der kleine Agrarier als großen Vortheil ansieht, was er mit Behagen einsackt, das muß der ärmste Theil des deutschen Volkes tragen. Diejenigen, welche die Zölle beseitigen wollen, wollen dem bäuerlichen Besitzer nicht das Geringste von seinem ehrlich erworbenen Arbeitsverdienst nehmen, aber sie wollen verhindern, daß mittelst der Zollgesetzgebung von den Grundbesitzern den nicht besitzenden Arbeitern sein sauer erworbener Arbeitsverdienst geschmälert wird. Von der Verhinderung des Imports haben die weiten Kreise der Erwerbsthätigkeit keinen Vortheil, fast alle Erwerbszweige sind vielmehr auf den Export angewiesen. Andererseits aber muß man bedenken, daß diese Besteuerung des Getreides vor allem eine Steuer auf den Kopf der Bevölkerung ist, die progressiv nach unten wirkt. Es wird Herrn Lutz nicht vergessen werden, wie er die Berechtigung nachzuweisen sucht, daß Bauern mit einem Grundbesitz von 10 Hektar aus der Tasche ihrer Mitbürger Zuschüsse beanspruchen können. Auf diese krasse Interessenwirthschaft berufen sich ja auch die Sozialdemokraten in ihrer Agitation. Diejenigen, welche sich an Besitzer von 10 Hektar und darüber halten, bedenken gar nicht, daß von den 5¼ Millionen landwirthschaftlicher Betriebe aber 75 Prozent noch nicht einmal 5 Hektar besitzen (hört! hört!); alle diese haben von den Getreidezöllen also keinen Vortheil. Herr Buhl hätte in der Nähe seines eigenen Wohnortes Beispiele dafür finden können, wie diese Zölle schädlich wirken. Die Enqueten in Hessen und Baden haben ergeben, daß für die Kleinbesitzer unter 10 Hektaren der Zoll sehr schädlich wirkt. Herr Buhl hat 1887 energisch gegen die Zollerhöhung gestimmt. Trotzdem erklärte er gestern, daß er ebenso energisch gegen die Wiederherabsetzung der Zölle stimmen wird. Nach dieser Sinnesänderung darf ich hoffen, daß, wenn in 8 Wochen die Forderung der Herabsetzung der Zölle von neuem erhoben werden wird, er mit derselben Energie für die Herabsetzung der Zölle stimmen wird. (Heiterkeit.) Und ich hoffe, daß recht viele seiner politischen Freunde bei dieser energischer Wendung sich ihm anschließen werden.

Für die Frage, welchen Werth die Getreidezölle für die Landwirthschaft haben, muß man auch die Wirkung der anderen Zölle in Rechnung ziehen. Außerdem leiden die kleinen Betriebe, was die Petition des rheinischen Bauernvereins ausdrücklich zugiebt, unter der Vertheuerung des Futtermaterials durch die Getreidezölle, und Zucht und Mastung wird ihnen erschwert. Aus den Nachweisungen im Jahre 1886 über den Mindererertrag pro Hektar geht hervor, daß es sich gar nicht um eine Noth im landwirthschaftlichen Gewerbe handelt, sondern um einen Minderwerth des Grund und Bodens an und für sich. Das geht auch daraus hervor, daß man bei der Zollerhöhung selbst zugegeben hat, daß man damit die Rente des Grundbesitzes steigern wolle. Wenn Herr v. Schalscha die Vertheuerung des Getreides mit dem Schwanken des Rubelkurses in Verbindung bringt, wie erklärt er denn den Unterschied zwischen den Getreidepreisen auf dem deutschen Markte und dem Weltmarkte? 1889 betrug der Durchschnittspreis für Weizen auf dem deutschen Markte 191,64 Mark, auf dem unverzollten ausländischen Markte nur 137,54 Mark, der Durchschnittspreis für Roggen auf dem deutschen Markte 157,70 Mark, auf dem ausländischen Markte nur 106,03 Mark pro Tonne. In Deutschland war also der Preis für Roggen um 20 Mark höher als auf dem zollfreien Weltmarkt der Preis für Weizen. Der deutsche Arbeiter muß mithin sein minderwerthiges Roggenbrot theurer bezahlen als der Engländer sein Weizenbrot.

Der Roggenverbrauch in Deutschland beziffert sich pro Kopf auf 165 Kilo. Wenn man annimmt, daß nur die städtische Bevölkerung die volle Last zu tragen habe, so würde sich schon daraus ein Tribut von ca. 200 Millionen Mark ergeben, welchen die städtische Bevölkerung an die ländliche zahlt. Nun hat aber die städtische Bevölkerung zugenommen, und in einer Weise, daß wir mit Sicherheit annehmen können, das Jahrhundert werde nicht zu Ende gehen, ohne daß in Deutschland die städtische Bevölkerung die Mehrheit ausmachen werde. Da ist es doch gerechtfertigt, von Interessenpolitik einer Minderheit zu sprechen. Viel mehr geeignet zur Hebung der Landwirthschaft wird eine Verbesserung des landwirthschaftlichen Betriebes sein, die wir sehr gern und auf das Wärmste unterstützen wollen. Herr Buhl hat sich in seinen Ausführungen über die Erleichterungen beklagt, welche der Transport ausländischen Getreides bis in das Herz Deutschlands hinein hat. Will er diese Verkehrserleichterungen etwa wieder aus der Welt schaffen? Dann wird es darauf hinaus kommen, daß das Ende des Jahrhunderts unter dem Zeichen des Verkehrs steht, Herr Buhl aber nicht. (Heiterkeit.)

In dem Maße, als sich eine Aussicht auf eine Aenderung in der Zollpolitik eröffnet, wird auch der Sozialpolitik, die man in der letzten Zeit mit Nachdruck begonnen hat, vorgearbeitet werden. Es kann keinen schärferen Gegensatz geben als diese Maßregeln für das Wohl der arbeitenden Klassen und diese Zollpolitik. Geben Sie diese auf, so wird die wirthschaftliche Wohlfahrt und die geistige Kultur des Volkes in Wahrheit gehoben werden. (Beifall links.)

Abg. Leuschner (Rp.): Den Anträgen liegt nur die Tendenz unter, bei den Arbeitern den Glauben zu erwecken, daß die Antrag stellenden Parteien für ihr Wohl mehr als die anderen besorgt seien. Wir hören das Lied von den letzten Wahlen singen: Frei muß das Brot sein, frei das Licht. Davon spricht man allerdings nicht, daß die Zollpolitik die Arbeitsgelegenheit vermehrt und die Lohnerhöhung ermöglicht hat. Nicht richtig ist es, daß der Preis des Roggens vom Zoll abhängt, noch unrichtiger ist es, daß der Zoll so ohne weiteres den Agrariern in den Schoß fällt. Der Preis hängt wesentlich von dem Ausfall der Ernte ab. Außerdem tragen verwerfliche Börsenspekulationen zu der Erhöhung des Preises bei. Thatsache aber ist und das beweisen die ermittelten Zahlen, daß das Getreide und die Mehlprodukte seit der Einführung des Zolles billiger ist, als es in den Freihandelsjahren war. Im übrigen möchte ich der Freihandelspartei zu bedenken geben, daß das billige Brot dem Arbeiter nichts nützt, wenn er keine Arbeit hat. (Sehr richtig! rechts.) Und Arbeit kann nur genügend vorhanden sein, wenn die Landwirthschaft gedeiht. Der Freihandel nützt einem Lande nichts. Was wird aus England, wenn ihm die Zufuhr abgeschnitten wird? Da können die Engländer verhungern. Es giebt ein Mittel, die Zölle los zu werden, ohne Schaden für die Landwirthschaft, das ist die Einführung der Silberwährung. So lange das Silber nicht wieder seinen bestimmten fixirten Werth hat, werden wir die mißliche Lage der Landwirthschaft nie und nimmer los. Nur der Doktrinarismus kann dies leugnen. Wenn die Freihändler und Sozialdemokraten höhere Löhne für die landwirthschaftlichen Arbeiter wollen, so müssen sie auch die Landwirthschaft in die Lage setzen, dieselben zu gewähren. Mit der Landwirthschaft steht es aber nicht anders wie mit der Industrie. Werden die agrarischen Zölle aufgehoben, so müssen es auch die industriellen Zölle. Gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt die Schutzzollpolitik. Im Vergleich zu anderen Nationen zahlen wir noch immer sehr geringe indirekte Steuern.

Was das Verhältniß zu Oesterreich-Ungarn betrifft, so sind meine politischen Freunde für eine Förderung dieses innigen Verhältnisses nach jeder Richtung; aber wir wollen das nicht unter Preisgebung der Zölle. — Angesichts der großen Mehrforderungen durch die sozialpolitische Gesetzgebung können wir auch aus finanzpolitischen Rücksichten auf die Einnahmen nicht verzichten.

Abg. v. Helldorff (kons.): Es führt zu Irrthümern, wenn man lediglich aus statistischen Zahlen die Preisgestaltung des Getreides mit und ohne Zölle zu berechnen sucht; nicht statistische Angaben lassen die Sachlage richtig erkennen, sondern das richtige Denken: Die Zölle sollten lediglich den Zweck haben, eine wirthschaftliche Barriere zu bilden, und in dieser Beziehung hat die Erfahrung gelehrt, daß erst die Zölle von 1887 diesen Zweck wirksam erfüllt haben, nicht in der Weise, daß sie exorbitante Preise zur Folge gehabt hätten, sondern daß sie den mittleren Preisstandpunkt früherer Zeiten wiederhergestellt haben. Durch diese Schutzzollpolitik ist auch eine für die Volkswirthschaft höchst ungünstige Spekulation verhindert worden (Sehr richtig! rechts.) Gegenüber den spöttischen Bemerkungen des Abg. Brömel über die Kleinagrarier muß ich bemerken, daß wir dankbar sind dafür, daß ein deutscher Bauer seine Solidarität mit dem größeren Grundbesitz hier dokumentirt hat. (Sehr richtig! rechts.) So lange wir die verschiedenen Produktionsverhältnisse in den einzelnen Ländern nicht ändern können, müssen wir im eigenen Lande dem Gewerbe gegenüber der Konkurrenz unter günstigeren Bedingungen produzirender Länder den nöthigen Schutz gewähren, und selbst wenn dieser Schutz mit Morphium verglichen wird.

Es ist hier auch des Fürsten Bismarck gedacht worden. Gerade die Maßregel des Schutzes der nationalen Arbeit, der er zum Durchbruch verholfen hat, eine Maßregel, die nur durchgeführt werden konnte auf Grund des Gebäudes der nationalen Einheit, deren Konsequenz sie bildete, ist eine Thatsache, deren Nützlichkeit wir nur anerkennen können. Daß diesen Verdiensten gegenüber gestern in diesem Saale in einer so rohen und banalen Weise vom Fürsten Bismarck gesprochen worden ist, ist tief zu bedauern. (Große Unruhe links. Glocke des Präsidenten.)

Der landwirthschaftliche Arbeiter hat ein großes Interesse an der bestehenden Zollgesetzgebung. Der Antheil des Arbeiters am Erdrusch ist ein sehr großer überall, wo ein intensiver Betrieb ist, also gerade bei den kleineren landwirthschaftlichen Betrieben. Für den ländlichen Arbeiter ist damit viel besser gesorgt, als wenn er seinen Lohn nur in Geld erhält; denn dadurch würde die Unzufriedenheit auf dem Lande nur gefördert werden. Wenn die Sozialdemokraten da von einem Trucksystem sprechen, zeigen sie, daß sie nicht eine Partei der sozialen Reformen, sondern eine Partei der sozialen Revolution sind.

Der Reichskanzler hat gestern mit besonderem Nachdruck die Pflicht betont, für die Entwickelung der wirthschaftlichen Erwerbszweige zu sorgen, die für die Erhaltung des Staates von höchster Bedeutung sind, und dazu vor allen Dingen die Landwirthschaft gerechnet. — Wollen Sie der Landwirthschaft den nöthigsten Schutz nehmen, trotzdem schon jetzt Alles vom platten Lande nach den Großstädten strömt? Dadurch würden Sie das ungesunde Wachsen der Städte noch bedeutend vermehren. Wo wachsen unsere bravsten und tüchtigsten Männer, wo wachsen unsere Soldaten? auf dem Lande. Aber gerade deswegen wollen die Sozialdemokraten die gesunde wirthschaftliche Entwickelung des platten Landes vernichten. Bei bestehendem Zollschutz und bei rationeller Bewirthschaftung kann das Getreide, das uns fehlt, in unserem Lande selbst erzeugt werden (Lachen links), und diese Mehrerzeugnisse sind mehr werth, als eine Verstärkung der Industrie durch Export.

Die Schutzzölle für die Landwirthschaft und Industrie sind auf dem Boden praktischer Anschauungen erwachsen, und fallen die Getreidezölle, so müssen auch die Industriezölle fallen. Wir müssen zusammenstehen für die bestehenden Verhältnisse. Verwerfen wir den Antrag Richter und zeigen wir, daß in diesem Reichstag keine Mehrheit für eine Beseitigung der Zölle ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident v. Levetzow: Der Vorredner hat Aeußerungen eines Mitgliedes dieses Hauses, welche allerdings nicht unbedenklich waren, mit dem Vorwurf „banal“ bezeichnet. Ich halte diesen Vorwurf für unparlamentarisch und rufe deshalb den Redner zur Ordnung.

Abg. Frhr. v. Hornstein (wild): Ich muß mich dem Bedauern meines Vorredners über die Art, wie hier über den abwesenden Fürsten Bismarck Kritik geübt worden ist, anschließen. — Herr Lutz wird stolz auf den Titel Bauer sein, mit dem ihn Herr Brömel zu beschimpfen suchte; denn der Titel Bauer ist in Deutschland noch kein Schimpfwort, so lange es gute Regimenter giebt und so lange die Monarchie fest besteht. Bei den sparsamen wohlhabenden Bauern werden die Sozialdemokraten auch keinen Erfolg haben, sondern nur bei den armen verschuldeten Bauern (Lachen bei den Sozialdemokraten). Die Sozialdemokraten wollen den Bauernstand vernichten, wie ihr Organ „Die Arbeiterstimme“ auch offen ausspricht. Wenn deshalb die Regierung, was ich durchaus nicht glauben kann, in irgend welcher Weise den bestehenden Zollschutz der landwirthschaftlichen Produktion antasten wollte, so würde sie besser als die Sozialdemokraten deren Aufgabe fördern. Eine Aufrechterhaltung des bestehenden Zollsystems ist gerade im Interesse des kleinen Besitzers. Die badischen Bauern blicken mit Besorgniß auf die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen, Aufhebung des Identitätsnachweises, welche ja auch erfolgen soll, und die Aufhebung der Grenzsperre. Wir halten eine Annäherung an Oesterreich für wünschenswerth, aber wir wollen sie nicht erkaufen auf Kosten des Bauernstandes. Weder die Zölle noch die Sperrmaßregeln, deren Beseitigung in Baden sehr drückend empfunden wird, haben einen Einfluß auf die Preisbildung. Denn vor Einführung der Zölle und Sperre waren die Preise für Getreide und Vieh höher als jetzt. Die jetzigen Preise sind normal, die niedrigeren Preise, welche angeführt werden, rühren aus den Zeiten des Futtermangels, in Folge dessen die Landwirthe gezwungen sind, den Viehbestand zu reduziren und zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Seit der Aufhebung der Sperre sind die Preise auch durchaus nicht gefallen. Die Sperrmaßregeln haben auch zur Folge gehabt, daß die Zahl der seuchenfreien Thiere immer mehr abgenommen hat. Ich hoffe, daß die große Majorität den Antrag Richter verwerfen wird.

Präsident v. Levetzow erklärt es für unzulässig, von einem Mitgliede zu sagen, daß es gegenüber einem anderen Mitglied ein Schimpfwort gebraucht habe, wie der Redner gethan.

Abg. Stolle (Soz.): Bei Beginn der Schutzzoll-Aera sagten die Agrarier, daß sie nicht eine Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel, sondern nur einen Schutzzoll wollten. Die Versprechungen, die uns damals gegeben wurden, sind nicht erfüllt worden. Die neuesten Schritte der Regierung auf verkehrspolitischem Gebiete beweisen, daß man einzusehen beginnt, wie falsch jene Maßnahmen waren. Es ist geleugnet worden, daß durch die Zölle eine Preissteigerung eingetreten ist. Die Aufbesserung der unteren Beamten mit der Begründung der theureren Lebenshaltung beweist, daß die Regierung anderer Meinung ist als die Agrarier. Wenn aber, wie behauptet wird, keine Erhöhung des Getreidepreises eingetreten ist, so brauchen Sie ja den Zoll erst recht nicht, da er dann dem Landwirth ja doch nichts nützt. Aber es kommt nicht auf eine Vergleichung der Inlandspreise in den einzelnen Jahren an, sondern auf eine Vergleichung der Preise im Inlande mit denen im Auslande. Und da finden wir, daß die Preise bei uns höher sind als jenseits der Grenze.

Auch die Versprechung, daß die Zölle höhere Löhne für den Arbeiter bringen werden, ist nicht erfüllt. In Sachsen ist eine Erhöhung der Löhne nicht eingetreten, wie der letzte Bericht der Handelskammer Chemnitz beweist. Wenn Arbeiter im Erzgebirge Löhne von 6—7 Mark wöchentlich verdienen, wie haben Sie da die Stirn zu behaupten, ihre Wirthschaftspolitik habe den Arbeitern genützt? Als die 100 000 Bergarbeiter im vorigen Jahre, die Einlösung des Wechsels auf Erhöhung der Löhne verlangten, welchen Sie früher ausgestellt haben, da haben Sie anstatt der Einlösung die Flinte schießen und den Säbel hauen lassen. Am allerwenigsten sind die Löhne für die Landwirthschaft gestiegen. Der durchschnittliche ortsübliche Tagelohn beträgt in Sachsen nach den neuesten Ermittelungen 1,40 Mark einschließlich der Naturalbezüge. Kann man sich da wundern, daß die Arbeiter lieber nach den Städten ziehen? Einen eigentlichen Arbeitermangel auf dem

Lande giebt es nicht. (Widerspruch rechts.) Wo gute Löhne gezahlt werden, da finden sich auch genug Arbeiter. Wo der Dienstbote gut behandelt wird, wechselt er nicht. Sehen Sie sich außerdem die Verpflegungszustände auf dem Lande an. Die Wohnung des Knechtes ist oft der Pferdestall. Wenn aber die Verhältnisse in Sachsen schon so schlecht sind, um wie viel schlechter müssen sie in den östlichen Provinzen Preußens sein, von wo jährlich Tausende nach Sachsen kommen, um hier Arbeit zu suchen. Der sächsische Bliemchenkaffee lockt die Leute wahrlich nicht. (Heiterkeit). Die Schutzzollpolitik wirkt für uns agitatorisch, wir brauchen nicht erst zu agitiren.

Hat der Bauer aber wirklich von den Schutzzöllen Nutzen? Der Besitzer von 1 Hektar Landes hat keinen, weil er nur soviel produzirt, als er zur Zeit der Ernte für sich verbraucht. Der Besitzer von 4 bis 5 Hektar verkauft zwar sein Getreide im Herbst, dafür muß er aber im Frühling das theure Brot kaufen. Also 75 Proz. aller Landwirthe haben nicht den geringsten Nutzen von den Getreidezöllen, sondern lediglich die Großgrundbesitzer. Die Industrie hat von den Schutzzöllen auch keinen Nutzen gehabt. Der Export ist in vielen Zweigen thatsächlich zurückgegangen. Die früher voll beschäftigten Arbeiter müssen in einigen Fabrikationszweigen jetzt zum Theil feiern und bekommen außerdem geringere Löhne. Das Schutzzollsystem hat Schiffbruch gelitten. Wie steht angesichts dieser Thatsache der Schatzsekretär zu unserem Antrage? Wie stellt sich das Zentrum dazu, das ja auf dem Boden der Bibel steht, welche den Reichen befiehlt, mit vollen Händen zu geben. Sie aber haben mit vollen Händen genommen. Am wunderbarsten aber ist die Schwenkung des Herrn Buhl, der heute der gerade entgegengesetzten Meinung ist wie früher.

Die rapide Zunahme der Verkehrsmittel, die ungeheuere Steigerung der Verkehrsgeschwindigkeit weist auf eine Durchbrechung der Schranken hin, welche dem Verkehre künstlich gesetzt werden. Erweitern wir den Gedanken, aus welchem einst der Zollverein entsprungen ist, auf die ganze zivilisirte Welt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Burlein (Zentr.): Es ist nicht zu bestreiten, daß durch die Zölle die Landwirthe kaufkräftiger geworden sind, daß also auch Handel und Industrie einen indirekten Vortheil von den Getreidezöllen haben. Außerdem möchte ich noch auf den Gesichtspunkt aufmerksam machen, daß eine Herabsetzung oder Beseitigung der Zölle einen finanziellen Ausfall zur Folge haben würde, der durch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werden müßte. Schon aus diesem finanzpolitischen Grunde bin ich gegen die Anträge.

Abg. Graf Kanitz (k.): Bei den Berathungen über diesen Antrag wird aus dem ganzen Schutzzollsystem ein einziger Produktionszweig herausgenommen. Das ist doch nicht konsequent. Begründet wird der Antrag mit dem Hinweis auf die Erleichterung für die Landwirthschaft. Meines Erachtens ist es das erste Mal, daß die Herren eine solche Fürsorge für die Landwirthschaft zeigen. Warum machen sie denn nicht zuerst das Eisen billiger, wenn Sie schon verbilligen wollen? Der Konsum des Eisens ist ein überaus großer, und der Zoll auf Eisen bedrückt den kleinen Mann mindestens ebenso wie der auf das Getreide. Machen Sie doch dem kleinen Manne Kleider und Stiefel billiger! Warum fangen Sie nicht hier mit dem Lederzoll an? Die Industriezölle sind viel drückender als die Lebensmittelzölle, und ihre Erzeugnisse sind für den Lebensunterhalt ebenso nothwendig. Mit der Zukunft können Sie uns da nicht vertrösten, denn Sie wissen sehr wohl, daß der Fortfall der Industriezölle den Ruin der vaterländischen Industrie bedeuten würde! (Widerspruch). Warum machen die Sozialdemokraten nicht Front gegen die Kohlenwerke, deren Aktien und Dividenden gestiegen sind?

Das Vorgehen der beiden Parteien ist also einseitig, einseitig auch vom finanziellen Standpunkt aus. Wie wollen die Herren die 125 Millionen Ausfall bei Beseitigung der landwirthschaftlichen Zölle decken? Und kommen diese Zölle nicht auch dem Lande zu gute? Denken Sie an die Aufwendung für die Schulen, an die Ueberweisung an die Kreise! Wollen Sie die Schutzzölle aufheben, so müssen Sie dazu übergehen, nur direkte Staatssteuern zu schaffen. Auch wir haben ein warmes Herz für die Konsumenten, aber wir glauben nicht, daß wir dieses Gefühl am besten bethätigen in einer Aufhebung der Getreidezölle. Abg. Richter schlägt vor, den Ausfall zu decken durch Wegfall des Privilegiums der Brenner. Das würde doch nur eine kleine Summe sein. (Abg. Richter: vierzig Millionen.) In manchen Provinzen ist die Landwirthschaft gar nicht in der Lage, ohne Brennereien das Futter für die Wirthschaft zu erhalten. Von Privilegien der Brenner kann nicht die Rede sein. Aber welche große Summen werden jährlich der Kohlenindustrie geschenkt durch Ausnahmetarife. (Abg. Richter: Wir haben ja einen Antrag gestellt.) Man stellt uns im Osten als Muster immer den Westen hin. Gewiß werden hier höhere Löhne gezahlt, dafür ist aber auch alles theurer. Der kolossale Aufschwung der Industrie im Westen, und das geringe Verständniß für die Naturalienlöhnung ist der Grund für die Entvölkerung des Ostens, nicht aber die Getreidezölle. Für das Zurückgehen der Landwirthschaft sind die zahlreichen Subhastationen in Preußen, von denen 82 Prozent allein auf den Osten kommen, der beste Beweis. Die Verschuldung der ländlichen Bezirke ist nach Ausweis der amtlichen Statistik von Jahr zu Jahr erheblich gestiegen.

Die Industriellen, welche für die vorliegenden Anträge stimmen, glauben damit eine Erniedrigung der industriellen Löhne herbeizuführen. Die Antragsteller aber wollen die bisherigen Löhne beibehalten. Diese beiden Anträge befinden sich also in Widerspruch. Sorgen wir nicht für den Weltmarkt, sondern für den einheimischen Markt, der noch immer der beste ist. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Richter (persönlich): Mehrere persönliche Bemerkungen, welche gegen mich gerichtet waren, sind bereits vom Präsidenten erledigt. Selbstverständlich komme ich deshalb darauf nicht zurück. Aber Freiherr v. Hornstein hat mir auch zum Vorwurf gemacht, daß ich den Fürsten Bismarck in seiner Abwesenheit zum Gegenstand einer Kritik gemacht. Nun Fürst Bismarck hat Kaiser und Kanzler in ihrer Abwesenheit vor ausländischen Interviewern zum Gegenstand der Kritik gemacht, ohne daß auch nur Vertheidiger anwesend waren.

Präsident: Das ist nicht persönlich und kehrt sich gegen den Fürsten Bismarck und nicht gegen den Freiherrn v. Hornstein.

Abg. Richter: Mit dem Fürsten Bismarck bin ich fertig. (Große Heiterkeit.) Hier kann den Fürsten jeder vertheidigen, der will. Wenn gleichwohl die Vertheidigung heute über mißlungene Versuche nicht hinausgekommen ist, so liegt dies daran, daß das jetzige Verhalten des Fürsten Bismarck überhaupt nicht wirksam vertheidigt werden kann. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Präsident: Das Letztere war nicht mehr persönlich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 5¼ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 14. Jan. Die Einkommensteuer-Kommission des Abgeordnetenhauses hat sich in den letzten Tagen mit den wichtigen Schlußbestimmungen des Gesetzes beschäftigt. Sie betreffen den Einfluß der Reform auf das Wahlrecht zum Landtage und zu den Gemeindevertretungen, ferner die Verwendung der Ueberschüsse. Es ist selbstverständlich, daß durch eine Aenderung des Steuersatzes auch eine Aenderung in dem Wahlrecht bei dem Dreiklassenwahlsystem für Landtags- und Kommunalwahlen stattfindet. Schon wiederholt ist seit dem Jahre 1851 der Klassen- und Einkommensteuersatz verändert. Die Bestimmung, welche das Gesetz von 1883 trifft, daß eine Steuerveranlagung der untersten Stufen lediglich zum Zweck der Eintheilung der Abtheilungen stattfinden soll, hat die Wähler vor einer Verkümmerung des Wahlrechtes nicht schützen können. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Veranlagung zu einem fingirten Steuersatz nicht mit der nöthigen Genauigkeit geschehen und daher auch den wirklichen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen wird. Die Vorlage der Regierung will bekanntlich, daß für alle Wähler, welche ein Einkommen bis 900 Mark haben, entweder nach dieser fingirten Veranlagung die Abtheilungslisten gebildet werden, oder, wenn eine solche Vereinbarung nicht geschieht, nach einem durchschnittlichen Satze von 2,40 Mk. pro Wähler. Die Regierung hat auch zur Erläuterung eine Probeveranlagung nach fingirten Sätzen in einzelnen Ortschaften machen lassen und der Kommission vorgelegt. Diese Probeveranlagung betrifft die Orte Aurich, Delitzsch, Ortschaften in den Kreisen Anklam, Pillkallen, Montjoie, Rinteln, Tarnowitz. Die Probeveranlagungen zeigen immerhin eine sehr erhebliche Verschiebung in den einzelnen Klassen nicht, aber zu bedenken ist dabei, daß das Hauptmoment der gegenwärtigen Steuerreform, die Deklaration, vollkommen außer Acht gelassen worden ist. Wird diese in Betracht gezogen, so unterliegt es nicht dem mindesten Zweifel, daß die Steuerbeträge in den oberen und mittleren Klassen ganz erheblich in die Höhe gehen werden und daß in Folge dessen selbstverständlich auch das Gewicht dieser Klassen bei der Bildung der Abtheilungs-Listen ein noch größeres werden wird. In der Einkommensteuer-Kommission hat man, wie wir hören, den Wunsch ausgesprochen, es möchten Probeveranlagungen noch in größeren Städten gemacht werden; dort wird das Verhältniß ein ganz anderes sein. Während z. B. in der Stadt Aurich nach dem bisherigen System 60 Wähler in der ersten Abtheilung, 124 in der zweiten Abtheilung, 623 in der dritten Abtheilung waren, betrug die Zahl der Wahlberechtigten in Berlin 1885 in der ersten Abtheilung ca. 5000 Wähler, in der zweiten 22 000 Wähler und in der dritten 237 000 Wähler. Es haben somit in Berlin die Wähler in der ersten Abtheilnng 47 Mal mehr Gewicht als die in der dritten, während in Aurich die Stimmen der Wähler der ersten Abtheilung nur 10 Mal so viel ins Gewicht fallen, als die in der dritten. Die Kommission hat allerdings die 2,40 Mk. Durchschnittssatz für die Wähler, die unter 900 Mk. Einkommen haben, nach dem Eventualantrage des Abgeordneten Rickert auf 3 Mk. erhöht, es ist dies eine Verbesserung, aber, wie auch der Antragsteller anerkannt hat, in keiner Weise ausreichend. Der Prinzipalantrag der Abgeordneten Bachem und Rickert, den Durchschnittssatz auf 4 Mark zu erhöhen, würde erheblich mehr Garantie dafür geben, daß eine Verkümmerung des Wahlrechtes der unteren Klassen nicht eintreten wird. Hoffentlich wird in dem Plenum diese Frage wieder aufgenommen werden, und vielleicht gelingt es dort doch, den Gründen, welche für eine Erhöhung des Satzes sprechen, Eingang zu verschaffen. Daran ist leider nicht zu denken, daß der freisinnige Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für die Landtagswahlen Annahme finden wird. Aber dieser Antrag wird immer wiederkehren, bis schließlich über das „elendeste“ aller Wahlsysteme“, wie es einst Fürst Bismarck mit Recht genannt hat, zur Tagesordnung übergegangen sein wird. Beharrlichkeit führt zum Ziele; warum nicht schließlich auch hier? Manches ist in den letzten Monaten geschehen, was vor einem Jahre noch zu den baren Unmöglichkeiten gehörte. Das Reformbedürfniß, das sich auf anderen Gebieten mächtig regt und den Kurs in den gegenwärtigen legislatorischen Maßnahmen diktirt hat, wird sich auch hier nicht auf die Dauer zurückdrängen lassen und Pflicht der Freisinnigen bleibt es, die Frage immer von neuem anzuregen, bis der Tropfen den Stein gehöhlt und dieses Wahlsystem, das traurige Produkt einer längst hinter uns liegenden Zeit dumpfester Reaktion, von modernem Geiste im Sinne der Gerechtigkeit erfüllt ist, die zur Zufriedenheit der Völker den Grundstein bildet. „Auch die königl. Staatsregierung“, rief am 27. Januar 1886 der Abg. Uhlendorf im Abgeordnetenhause aus, „welche die Beförderung des Wohles der unteren Schichten des Volkes doch auf ihre Fahne geschrieben hat, auch sie wird sich allmählich überzeugen, daß sie diese Schichten nun und nimmer befriedigt, wenn sie ihnen nicht größere Sicherheit bei den Wahlen gewährt“. Sicherheit und Gerechtigkeit. Das Wort gilt heute noch, mehr als vordem, wenn anders es die Regierungspolitik mit den sozialreformatorischen Impulsen ernst meint, die sie erhalten hat.

— Gestern Vormittag konferirte der Kaiser mit dem Reichskanzler. Nachmittags wurde Professor Steche aus Dresden zur Uebergabe von Plänen des Zeughauses empfangen. Später wollte der Kaiser einem Diner beim Minister Miquel beiwohnen.

— Ueber eine Heranbildung des Prinzen Heinrich für die Geschäfte der Staatsverwaltung wird dem „Hamburgischen Korrespondenten“ offiziös geschrieben:

„Hinter Herrn Herrfurth steht in Sachen der Landgemeindeordnung das gesammte Staatsministerium, und wie wenig allerhöchsterseits an seine bevorstehende Verabschiedung gedacht wird, geht daraus hervor, daß unter seiner Führung auf Anordnung des Kaisers Prinz Heinrich sich mit den Geschäften der allgemeinen Staats- und der inneren Verwaltung vertraut machen wird. Man entsinnt sich bei dieser Gelegenheit, daß zu Anfang des Jahres 1888 Herr Herrfurth, damals Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern in Gemeinschaft mit Prof. Gneist von Kaiser Wilhelm I. ausersehen war, dem Prinzen als Führer in der Kenntniß des praktischen Staats- und Verwaltungsrechts zu dienen. Die traurigen Ereignisse, der Tod des Kaisers Wilhelm I und die schwere Krankheit Kaiser Friedrichs ließen es nicht zur Ausführung dieses Auftrags kommen. Schon vor Jahr und Tag war davon die Rede, ob es nicht gut sei, wenn der nächste Agnat des Kaiser- und Königshauses, der vielleicht im Wechsel der Geschicke, bei längerer Abwesenheit oder schwerer Krankheit des Kaisers oder noch Schlimmerem zur Führung einer Regentschaft berufen sein könnte, neben seinem seemännischen Beruf in die Staatsgeschäfte genauer sich einweihe. Die zeitweilige Uebersiedelung nach Berlin, um in der Staatsverwaltung thätig zu sein, und seinen erlauchten Bruder in der Repräsentation bei Hofe zu unterstützen, dürfte den Wünschen des Prinzen Heinrich selbst entsprechen.“

— Die freisinnige Partei in Hamburg und weit darüber hinaus hat einen harten Verlust erlitten. Dr. Anton Rée in Hamburg ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, am Dienstag im 76. Jahre seines Lebens gestorben. Rée gehörte 1867 dem konstituirenden Reichstag als Mitglied der kleinen Fortschrittspartei an. Von 1881 bis 1884 vertrat er den dritten hamburgischen Wahlkreis im Reichstage. Als Vorkämpfer der allgemeinen Volksschule zu einer Zeit, wo in Hamburg die Standesschulen noch eine Rolle spielten, hat er sich auch um die Entwickelung seines vaterstädtischen Schulwesens hoch verdient gemacht. Er selbst war bis vor mehreren Jahren Direktor der Stiftungsschule von 1815 daselbst. Rée war ein ebenso überzeugungstreuer wie charakterfester Bekenner und Vertreter freisinniger Anschauungen zu jeder Zeit. Die Partei wird sein Andenken in Ehren halten.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die Kommission für die Landgemeindeordnung wird morgen, spätestens übermorgen, die erste Lesung der Vorlage zum Abschluß bringen.

— Die Zuckersteuerkommission des Reichstags hat Dienstag Abend ihre Verhandlungen begonnen, ist aber nicht über die Generaldiskussion hinausgekommen. Dieselbe wird Mittwoch Abend fortgesetzt. Es sind zwei Lesungen beschlossen. Daß in der Kommmission irgend eine Mehrheit sich ergiebt, ist, der „Freis. Ztg.“ zufolge, unwahrscheinlich. Das Zentrum hat sich bis jetzt ebenso wie im Plenum auch in der Kommission vollständig ausgeschwiegen, obwohl es ausschlaggebend ist. Sehr lebhaft traten gegen das Zuckersteuergesetz der Regierung v. Bennigsen, Oechelhäuser, Graf Mirbach, Fürst Hatzfeld auf. Abg. Oechelhäuser will die Materialsteuer aufrecht erhalten und nur eine Verminderung der Ausfuhrprämien zulassen. Die anderen Genannten wollen die Materialsteuer aufheben, dafür aber die Verbrauchsabgabe erhöhen und eine offene Ausfuhrprämie nicht zeitlich beschränkt, sondern bis auf weiteres fortbestehen lassen. Insbesondere beantragt Fürst Hatzfeldt, die Verbrauchsabgabe von 12 auf 18 M. zu erhöhen und eine offene Ausfuhrprämie von 2½ M. festzusetzen. Die freisinnige Partei hat beantragt, alle Ausfuhrprämien sofort aufzuheben und die Verbrauchsabgabe wie bisher auf 12 M. zu normiren unter Fortfall der Materialsteuer.

Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, 14. Januar.

Erschienen sind die Stadtverordneten: Andersch, Asmus, Bach, Borchert, Brodnitz, Fahle, Förster, Friedländer, Herzberg, Dr. Hirschberg, Jacobsohn, Jaeckel, Dr. Landsberger, Leitgeber, Dr. Lewinski, Lißner, Manheimer, Müller, Nötel, Orgler, Prausnitz, Rosenfeld, Schoenlank, Türk, Victor, Wolinski, Wollburg und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch: Bürgermeister Kalkowski, Stadtbaurath Grüder, sowie die Stadträthe Herz, Kronthal, Dr. Loppe, Reymer, Rump und Schweiger.

Den Vorsitz führt Justizrath Orgler.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden zunächst Wahlsachen erledigt; Referent Stadtv. Friedlaender. (cfr. Nr. 34 unserer Zeitung.)

Stadtv. Jaeckel referirt über den Antrag, betreffend die Aufstellung und öffentliche Auslegung eines Fluchtlinienplanes für die Schulstraße: Die Tendenz der Aufstellung dieses Fluchtlinienplanes gehe dahin, die Schulstraße, welche zur Zeit eine Sackgasse sei, nach der Bergstraße resp. dem Petriplatze hin zu öffnen. Die Breslauerstraße wird gegenwärtig so sehr frequentirt, daß man darauf sinnen müsse, für die Zukunft eine Straßenlinie zu schaffen, welche einen Theil des Fußgänger- und Wagenverkehrs, namentlich den von der Halbdorfstraße und Fischerei her kommenden, nach dem Alten Markte gerichteten aufnehmen könne. Es seien heute drei verschiedene Durchbruchsprojekte vorgelegt: eins, welches die Schulstraße geradeaus über das Becker-Schapersche Grundstück nach dem Petriplatze führen wolle, ein zweites, welches das Sobeckasche Grundstück durchschneide und ein drittes, welches über das Stolzenbergsche Grundstück führe. Die Baukommission habe nach eingehenden Berathungen die Durchführung über das Schapersche Grundstück angenommen, weil sie sich habe von dem Gedanken leiten lassen, daß in diesem Falle die Durchlegung der Straße doch noch in absehbarer Zeit möglich sei, während das Sobeckasche Grundstück ein zweistöckiges massives Vorderhaus habe, welches wohl noch ganz gut 200 Jahre stehen könne. Die Mehrheit der Kommission habe auf seinen persönlichen Vorschlag, die Straße über das Stolzenbergsche Grundstück zu führen, nicht angenommen, weil sie der Meinung gewesen sei, den dadurch entstehenden größeren Bogen der neuen Straße vermeiden zu sollen. Er halte dieses Projekt für das ev. billigste und darum für das vortheilhafteste. Bemerken wolle er noch, daß es sich nicht um eine in näherer Aussicht stehende Realisirung dieses Projekts handle, sondern daß zunächst nur die Fluchtlinie für die weiterhin durchzubrechende Straße solle festgelegt werden. Erst dann, wenn sich das Bedürfniß der Durchlegung als ein anerkannt dringendes herausstellen sollte, oder wenn der betreffende Besitzer zu bauen beabsichtige, werde die Stadt das Terrain zu übernehmen und zu entschädigen haben.

Stadtv. Jacobsohn fragt an, ob durch diese neu durchzulegende Straße und den dadurch ganz erheblich gesteigerten Verkehr nicht das Stadtlazareth belästigt werden würde?

Stadtv. Prausnitz: An der Neuenstraße sei die Wagenstauung schon jetzt eine sehr bedeutende. Während es sich aber gegenwärtig hauptsächlich nur um einander entgegenkommende Wagen handle, führe man durch die Durchlegung der Straße ein neues Verkehrselement in senkrechter Bewegung auf die vorhandene Bewegung zu, so daß die Zustände dort noch viel schlimmer werden würden. Er stelle den Antrag, diese Angelegenheit zu vertagen.

Stadtv. Jaeckel: Wenn man sage, der Durchbruch ist schädlich, weil dadurch Zusammenstöße von Fuhrwerken könnnten herbeigeführt werden, so sei das eine Motivirung, die sich nicht nur gegen die Durchlegung der Schulstraße, sondern gegen jede Durchlegung einer Straße überhaupt richte. Uebrigens werde die Schulstraße der schwierigen Einmündung in die Neuestraße wegen den Wagenverkehr gar nicht in dem Maße aufnehmen, wie man vielleicht erwarte. Sie würde aber jedenfalls den sehr beengten Fußgängerverkehr in der Breslauerstraße entlasten. Wie es dort jetzt aussehe, davon könne sich **Jeder** besonders jetzt überzeugen

der es versuche, sich dort durch die Schneemassen hindurchzuarbeiten. Mit der Störung des Krankenhauses durch den Wagenverkehr sei es auch nicht so schlimm. Den erstens liege das Lazareth nicht dicht an der Straße, sondern ein Stück zurück, habe aber auch zweitens nicht die Krankensäle, sondern die Korridore nach der Straße zu liegen. Schließlich könne man ja noch vor dem Krankenhause geräuschloses Pflaster legen. Endlich seien die Kosten hier gar nicht in Betracht zu ziehen; denn die Stadt habe durchaus keine Verpflichtung, diese Grundstücke zu kaufen, wie ja bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Bebauungsplan der Dominikanerwiesen von der Rechtskommission ganz ausführlich sei auseinandergesetzt worden.

Stadtv. Müller tritt für den Durchbruch durch das Sobeckasche Grundstück ein.

Stadtv. Rosenfeld hält die Angelegenheit noch nicht für spruchreif, während Stadtv. Friedländer den Durchbruch für durchaus nothwendig hält; die jetzige Sackgasse könne nicht mehr länger bestehen bleiben. Durch das Anwachsen der Stadt habe sich der Verkehr in der Breslauerstraße thatsächlich in einer Weise gesteigert, daß man auf Abhilfe sinnen müsse. Der Fußgängerverkehr werde sich sicherlich in bedeutendem Maße von der Breslauerstraße nach der neuen Schulstraße ziehen. Er empfehle der Versammlung die Durchlegung durch das Sobeskasche Grundstück mit der von Herrn Müller befürworteten Modifikation, daß man die Straße durch die Mitte des breiten Grundstückes führen könne, wobei man die Restgrundstücke an die Adjazenten veräußern könne.

Stadtv. Prausnitz spricht nochmals für Vertagung der Vorlage; Bürgermeister Kalkowski ist auch der Meinung, daß dieselbe nochmals könne an den Magistrat zurückgegeben werden.

Stadtv. Aßmus: Es sei doch wohl allgemein anerkannt, daß die Breslauerstraße den Verkehr nicht bewältigen könne. Was nun die drei Projekte für den Durchbruch betreffe, so könne nur das Sobeckasche Grundstück in Frage kommen. Bei dem Schaperschen werde die Schulstraße dieselben Uebelstände aufweisen, wie heute die Neuestraße an der Marktecke, und beim Stolzenbergschen Grundstücke beginne schon die Steigung der Bergstraße. Die Wagen würden beim schnellen Hinunterfahren gegen die von der Schulstraße kommenden prallen und Zusammenstöße erzeugen. Im Uebrigen würde er auch einem Vertagungsantrage zustimmen.

Nach einem Schlußwort des Stadtv. Jaeckel wird der Vertagungsantrag abgelehnt und der Durchbruch durch das Sobeckasche Grundstück im Prinzip angenommen.

Stadtv. Herzberg stellt hierauf einen Antrag, der als dringlich genügend unterstützt ist, dahin gehend, daß für die bevorstehende Feier des Geburtstages unseres Kaisers die städtischen Körperschaften und Bürger der Stadt sich zu einem gemeinsamen Diner vereinigen möchten. Nach langer Geschäftsordnungsdebatte führt Stadtv. Dr. Lewinski aus, dieser Antrag müsse formell korrekt behandelt werden, da es sich in diesem Falle sehr wohl um eine Gemeinde-Angelegenheit handele, nämlich um die Repräsentation der Stadt. Er sei nicht so unwesentlich, daß man ihn in einer privaten Besprechung erledigen könne. Er ziele darauf ab, eine Trennung der Vertreter der Stadtgemeinde von den Theilnehmern an dem allgemeinen Festessen der Behörden herbeizuführen und ein Zusammengehen zu zerreißen, welches seit langer Zeit bestanden habe. Lasse man daher diese neuen Abzweigungen, Trennungen und Kosten! Denn es gäbe deren in Posen genug. Außerdem sei der Antrag für dieses Jahr zu spät eingebracht. Heute lasse sich ein giltiger Beschluß nicht mehr herbeiführen, und nach der nächsten Sitzung sei ein geeigneter Saal nicht mehr zu beschaffen. Er bitte daher, dabei zu bleiben, wie es bisher gewesen sei.

Bürgermeister Kalkowski bittet ebenfalls, an dem allgemeinen Diner theilzunehmen. Der Magistrat verspreche, dafür zu sorgen, daß den städtischen Behörden und den Bürgern, welche an dem Festessen theilnehmen wollten, 60 bis 80 Plätze reservirt würden.

Die acht Herren, welche den Antrag unterstützt haben, ziehen ihre Unterschriften zurück. Stadtv. Jacobsohn erklärt hierbei, daß er dabei die Gründe des Herrn Dr. Lewinski nicht zu den seinigen mache, und nur aus dem Grunde zurücktrete, weil sich die Sache in diesem Jahre nicht mehr rechtzeitig erledigen lasse.

Ueber den Antrag des Magistrats, betreffend die Abänderung der Bedingungen für das aus der Sparkasse zu entnehmende Darlehen von 700 000 Mark, referirt nach Erledigung einer persönlichen Angelegenheit Stadtv. Manheimer. Das Darlehen sollte ursprünglich zu dem Zinsfuß von 3½ Prozent aufgenommen werden. Der Regierungspräsident hält jedoch diesen Zinsfuß nicht für angemessen und will nur die Bedingung der Rückzahlung nach fünf Jahren bei einem Zinsfuße von 4 Prozent genehmigen.

Nach unwesentlicher kurzer Debatte wurden diese Abänderungen genehmigt.

Schluß der Sitzung um 8 Uhr.

Lokales.

Posen, den 15. Januar.

—u. [Definitives Resultat der Volkszählung in Posen.] Die endgiltige Feststellung des Resultats der am 1. Dezember 1890 stattgehabten Volkszählung hat für die Stadt Posen eine ortsanwesende Bevölkerung von 33 399 männlichen und 36 232 weiblichen, in Summa von 69 631 Seelen ergeben.

—u. **Witterung.** Nach von uns angestellten Messungen betrug gestern Nachmittag die Höhe der auf den Feldern liegenden Schneedecke im Durchschnitt 48 Zentimeter. Nachmittags thaute es etwas; gegen Abend klärte sich der Himmel auf und fiel das Quecksilber im Thermometer nun auf 1½ Grad unter Null. Nachts bewölkte sich der Himmel jedoch wieder und nach zwölf Uhr stellte sich leichter Schneefall ein, der jedoch nicht lange andauerte. — Der Posener Pferde-Eisenbahn gelang es noch gestern gegen Abend die Schneemassen in dem Schienengeleise gänzlich zu beseitigen und ihren Betrieb auf der ganzen Strecke wieder aufzunehmen.

Telegraphische Nachrichten.

Allenstein, 14. Januar. Das Betriebsamt Allenstein macht bekannt: Die Strecken Göttkendorf bis Ohlsack und Mehlsack bis Kobbelbude sind wegen Schneeverwehung voraussichtlich auf 24 Stunden gesperrt.

Hamburg, 14. Januar. Einem Privattelegramme der „Hamburgischen Börsenhalle“ aus Valparaiso vom 13. d. M. zufolge dauert die revolutionäre Bewegung in Chile fort; das Laden und Löschen der Schiffe sei sehr schwierig.

Fürth, 14. Januar. Die meisten hiesigen Glasfabrikanten reduziren wegen der herrschenden Geschäftskrisis die Arbeit.

Stuttgart, 14. Januar. Das Abgeordnetenhaus beschloß mit 63 gegen 21 Stimmen die Beibehaltung der lebenslänglichen Anstellung der Ortsvorsteher in Gemäßheit des von der Regierung vorgelegten Entwurfs. Von dem Abgeordneten Hausmann war im Namen der demokratischen Partei die Abschaffung dieser Einrichtung (hauptsächlich wohl in Folge skandalöser Vorgänge, denen sich der Bürgermeister von Heilbronn schuldig gemacht hat d. Red.) beantragt worden. Der Minister des Innern v. Schmid war für den Standpunkt der Regierung energisch eingetreten.

Schwerin, 14. Januar. Dem Afrikaforscher Oskar Borchert wurde vom Großherzog von Mecklenburg die große goldene Verdienstmedaille verliehen.

Wien, 14. Jan. Die Erzherzogin Marie Antonia Immaculata, Tochter des Erzherzogs Carl Salvator ist heute in Arco gestorben.

Petersburg, 14. Jan. Zu den Meldungen auswärtiger Blätter über den angeblichen Rücktritt des Unterrichtsministers bemerkt die „Nordische Telegraphen-Agentur“: Aehnliche Meldungen kehren alljährlich wieder, ohne daß ihnen etwas Positives zu Grunde liegt. Hier ist nichts bekannt von dem Rücktritte.

Kopenhagen, 14. Jan. Die Ueberfahrt von Gjedser nach Warnemünde und umgekehrt hat heute, wenn auch mit Verspätungen, stattgefunden. Die regelmäßige Ueberfahrt wird von morgen ab erwartet.

Rom, 14. Jan. Der russische Abgesandte für die Unterhandlungen mit dem Vatikan Iswolski ist nach Petersburg abgereist, um neue Instruktionen, insbesondere bezüglich der Ernennung des Erzbischofs von Mohilew, einzuholen.

Paris, 14. Jan. Nach Meldungen der Abendblätter ist dem General Brugère, der russische Stanislaus-Orden 1. Klasse und dem Oberst der Kavallerie Lichtenstein der Stanislaus-Orden 2. Klasse verliehen worden.

Paris, 14. Jan. Die Zollkommission stimmte mit schwacher Majorität der Zollfreiheit für Talg zu und genehmigte die Zollsätze von 14 resp. 12 Franks für Schweineschmalz.

Paris, 14. Jan. Dem „Figaro“ zufolge wäre die in Olot verhaftete Persönlichkeit ein gewisser Heim, der vor einigen Jahren Redakteur des „Temps“ war. Von Größenwahn befallen, wurde er in eine Irrenanstalt gebracht und ging später auf Reisen.

Dem „Journal des Débats“ zufolge dürfte Jules Ferry zum Mitglied der Zollkommission des Senats und voraussichtlich zum Präsidenten der Kommission gewählt werden.

Lille, 14. Jan. In Dorignies haben die Bergleute zweier Gruben die Arbeit eingestellt; es herrscht die Besorgniß, daß der Streik sich auch auf die andern Gruben ausdehnen werde.

Madrid, 14. Jan. Neuerlich wird angenommen, daß der in Olot Verhaftete ein Nihilist und Freund Padlewski's sei, der die Polizei irrezuführen suchte. Derselbe soll sich am Tage der Ermordung Seliwerstoffs bereits in Gerona befunden haben.

London, 14. Jan. „Reuters Bureau“ meldet ans Zanzibar von heute, der Sultan Fumo Bakari von Witu sei gestorben.

Glasgow, 14. Jan. Das Komite zur Beilegung des Ausstandes der Eisenbahnarbeiter berieth heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters mit der Verwaltung der Caledonian-Eisenbahn. Letztere verweigert jedes Zugeständniß, wofern nicht die Eisenbahn-Bediensteten vorher die Arbeit wieder aufnehmen. Der Bürgermeister von Edinburgh unterhandelte mit der Verwaltung der North British Eisenbahn, von welcher er dieselbe Antwort erhielt. Die Streikenden lehnen die von den Gesellschaften gestellten Bedingungen ab.

Montevideo, 14. Jan. Der Gesetzentwur,f wonach die Eingangszölle erhöht werden sollen, wurde von beiden Kammern angenommen.

Berlin, 14. Jan. An dem heutigen Diner beim Finanzminister Miquel nahmen der Reichskanzler v. Caprivi, Minister v. Bötticher, Staatssekretär v. Marschall, der Chef des Zivilkabinets v. Lucanus und etwa 20 Reichs- und Landtagsabgeordnete, darunter v. Bennigsen, v. Kardorff, v. Hüne, Buhl und Hammacher Theil. Der Kaiser erschien mit militärischer Begleitung kurz nach fünf Uhr und nahm bei Tische dem Minister Miquel gegenüber Platz, zu seiner Rechten saß Reichskanzler v. Caprivi. Der Kaiser verweilte bis 8¾ Uhr im Hause des Ministers, worauf er sich zur Gardefüsilierkaserne begab. Die Unterhaltung war während des ganzen Diners fortgesetzt eine sehr animirte, namentlich unterhielt sich der Kaiser mit den Anwesenden sehr lebhaft über Schulfragen.

Wien, 15. Jan. Der niederösterreichische Landtag nahm einen dringlichen Antrag an, die Regierung aufzufordern, dem Reichsrathe in der nächsten Session eine Vorlage betreffend die Besteuerung der Börsengeschäfte zu Gunsten der Armen zu unterbreiten.

Neapel, 15. Jan. Da die Ruhestörungen an der Universität sich wiederholt haben, stellten die Professoren ihre Vorlesungen ein; die Universität wurde geschlossen.

Rouen, 15. Jan. Gestern Abend brach im Giebel des Justizpalastes ein Feuer aus, welches den Dachstuhl in einigen dreißig Metern Ausdehnung zerstörte. Durch das bei den Löscharbeiten angewendete Wasser wurden auch an den benachbarten Gebäuden ziemlich erhebliche Schäden angerichtet. Die Ursache des Brandes wird auf mangelhafte Anlage des Schornsteines zurückgeführt.

Valparaiso, 14. Januar. Die chilenische Regierung konzentrirt Truppen. Der Kongreß verlangt, der Präsident Balmaceda solle zurücktreten.

Angekommene Fremde.

Posen, 15. Januar.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Lieut. a. D. Mierendorff aus Belsin, Goste aus Tondern, Direktor Schmieding aus Hamburg, Privatier Aubeck aus Danzig die Kaufleute Weber, Weigert und Opert aus Berlin, Rösler aus Kassel, Flemming aus Krefeld, Wever aus Elberfeld, Katz aus Frankfurt a. M., London aus Breslau, Fabian aus Bielefeld, Rechtmann aus Hattenheim i. Rheingau.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Großmann, Wiener, Horsch, Felsmann, Lewin, Blumenthal, Rosenthal und Römer aus Berlin, Gante aus Bielefeld, Teller und Melm aus Leipzig, Kober und Quercke aus Breslau, Franken aus Köln, Laserstein aus Mühlhausen, Blumenthal aus Glogau, Adam aus Gera, Horst aus Hanau, Assessor Byszynski aus Kosten.

Grand' Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Fürst Czartoryski aus Sielec, v. Horwatt aus Galizien, Kuliczkowski aus Warschau, die Kaufleute Ambos und Schultz aus Berlin, Hoff aus Heynau, Roeßler aus Leipzig.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Köppen aus Weimar, Wölkerling aus Hamburg, Feuerherd aus Zerbst, Marquard aus Limburg, Braumeister Werbehn aus Pilsen, Rentier Schindler aus Charlottenburg, Weinhändler Druhm aus Mainz, Baumeister Leuthold aus Breslau, Dr. phil. Christoph aus Münster, Direktor Tradelius aus Köln.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Rittergutsbesitzer Neubauer aus Tuchlin, Arzt Dr. v. Chrzanowski aus Labischin, Propst Motylewski aus Wierzchucin, die Kaufleute Briche und Wienecker aus Berlin, Frau Stachowska aus Mogilno.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Klockert aus Stettin, Trompelt, Baruch, Richter und Erbe aus Berlin, Klein aus Dresden, Direktor Friedrich aus Groß-Schönau.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Languer's Hotel. Die Kaufleute Steinberg aus Elberfeld, Bethak und Schubert aus Breslau, Wleklinski aus Fraustadt, Klose aus Straßburg, Hellel aus Berlin und Thiemann aus Uhsmannsdorf, Frau Nowacka und Tochter aus Berlin, Gutsbesitzer Pauly aus Aachen.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Frisch aus Wien, Berckmann, Wolff und Aronsohn aus Berlin, Schnorpfeil aus Sprottau, Lubasch aus Krakau, Wittenberg aus Kreuz, Kaphan aus Miloslaw, Schmidt aus Gr. Lubs, Wolff und Fabian mit Familie aus Filehne.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Schreier, Pollack, Schwersenz, Webs, Gautier und Muerich, Rittergutsbes. Seefisch mit Familie und Bedienung, Baumeister Babski.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Brandt und Schindler aus Berlin, Kopper und Eisner aus Breslau, Cohnheim aus Santomischel und Baer aus Stettin.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1891.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
14. Nachm. 2	750,4	N schwach	bedeckt ¹)	+ 0,6
14. Abends 9	748,9	NNW mäßig	bedeckt	− 1,8
15. Morgs. 7	748,0	NO mäßig	bedeckt ²)	− 2,1

¹) Bis 10¼ Uhr Schnee. ²) Nachts Schnee.

Am 14. Januar Wärme-Maximum + 1,4° Cels.
Am 14 " Wärme-Minimum − 3,4° "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Januar Morgens , Meter.
" " 14. " Mittags 1,40 "
" " 15. " Morgens 1,36 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 14. Jan. Ziemlich fest.

3½%ige L.-Pfandbriefe 98,00, 4%ige ungarische Goldrente 92,40, Konsolidirte Türken 18,95, Türkische Loose 80,50, Breslauer Diskontobank 106,85, Breslauer Wechslerbank 105,60, Schlesischer Bankverein 123,75, Kreditaktien*) 176,00, Donnersmarckhütte 89,10, Oberschlesische Eisenbahn 89,65, Oppelner Zement 107,00, Kramsta 130,50, Laurahütte 142,00, Verein. Oelfabr. 102,50, Oesterreichische Banknoten 177,82, Russische Banknoten 239,30.

Schles. Zinkaktien 190, Oberschles. Portland-Zement 114,00, Archimedes —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 131,00, Flöther Maschinenbau 111,50.

*) Per ultimo.

Frankfurt a. M., 14. Jan. Effekten-Sozietät. (Schluß). Kreditakt. 273¼, Franzosen 220½, Lombarden 117⅛, Galizier —,—, Egypter —,—, 4% ungar. Goldrente 92,50, 1880er Russen —,—, Gotthardbahn 158,80, Diskonto-Kommandit 213,80, Dresdner Bank 156,50, Laurahütte 141,40, Gelsenkirchen 174,30, Courl Bergwerk —,—, Portugiesen —,—. Ruhig.

Privatdiskont 3¼ Prozent.

Wien, 14. Jan. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 354,25, österr. Kreditaktien 307,85, Franzosen 247,30, Lombarden 132,25, Galizier 209,00, Nordwestbahn 215,50, Elbethalbahn 223,00, österr. Papierrente 90,10, do. Goldrente 108,50, 5proz. ungar. Papierrente 101,30, 4proz. do. Goldrente 103,75, Marknoten 56,12½, Napoleons 9,04, Bankverein 116,80, Tabaksaktien 147,25, Alpine Montan 92,60, Unionbank 243,75, Länderbank 217,30. Schwächer.

London, 14. Januar. (Schlußkurse.) Fest.

Engl. 2¾prozent. Consols 97⅛, Preuß. 4proz. Consols 104, Ital. 5proz. Rente 91⅞, Lombarden 12³⁄₁₆, 3½ 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 98¼, konv. Türken 19, österr. Silberrente 78½, österr. Goldrente 94, 4proz. ungarische Goldrente 91⅜, 4proz. Spanier 76⅛, 3½proz. Egypter 93⅞, 4proz. unific. Egypter 97¼, 3proz. garant. Egypter 101, 4¼proz Trib.-Anl. 99¼, 6proz. Mexikaner 93¼, Ottomanbank 14¾, Suezaktien 96, Canada Pacific 77⅞*), De Beers neue 16¾. Platzdiskont 2⅛.

Rio Tinto 22⅞, 4½proz. Rupees 83⅞. Argentinier 5proz. Goldanleihe von 1866 74½, Argentinier 4½proz. äußere Anleihe 57.

Aus der Bank flossen 39 000 Pfund Sterl.

*) exklusive.

Petersburg, 14. Jan. Wechsel auf London 84,60, Russ. II. Orientanleihe 104⅝, do. III. Orientanleihe 106¾, do. Bank für auswärtigen Handel 280, Petersburger Diskontobank 603, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank 503½, Russ. 4½proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 137½, Große Russ. Eisenbahn 218, Russ. Südwestbahn-Aktien 114.

Rio de Janeiro, 13. Jan. Wechsel auf London 19¾.

Produkten-Kurse.

Köln, 14. Jan. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 19,00, do. fremder loko 22,00, per März 19,70, per Mai 19,90. Roggen

hiesiger loko 17,50, fremder loko 19,25, per März 17,40, per Mai 17,00. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder 17,00. Rüböl loko 62,00, per Mai 60,20, per Oktober 59,10.

Bremen, 14. Jan. Petroleum. (Schlußbericht) Sehr fest. Standard white loko 6,60.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 142½ Gd.

Norddeutsche Wollkämmerei 179 Br.

Hamburg, 14. Januar. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko neuer 182—192. Roggen loko fest, mecklenburg. loko neuer 180—190, russischer loko fest, 128—134. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) ruhig, loko 60. — Spiritus behauptet, per Jan. 36¼ Br., per Febr. 35¾ Br., per April-Mai 35¼ Br., per Mai-Juni 35¾ Br. — Kaffee fest. Umsatz 3500 Sack. Petroleum fest. Standard white loko 6,80 Br., per Februar-März 6,70 Br. — Wetter: Nachtfrost.

Hamburg, 14. Jan. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per Jan. 12,47½, per März 12,67½, per Mai 12,87½, per August 13,17½. Stetig.

Hamburg, 14. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 80, per März 77¾, per Mai 76½, per Sept. 73¾. Behauptet.

Pest, 14. Jan. Produktenmarkt. Weizen loko behauptet, per Frühjahr 8,07 Gd., 8,09 Br., pr. Herbst 7,74 Gd. 7,76 Br. Hafer per Frühjahr 6,93 Gd. 6,95 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,18 Gd. 6,20 Br. — Kohlraps per Aug.-Sept. 1891 13,35 a 13,40. Wetter: Kalt, Nebel.

Paris, 14. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behpt., per Januar 26,60, per Februar 26,70, per März-Juni 27,00, per Mai-August 26,90. Roggen ruhig, per Januar 17,20, per Mai-August 17,90. Mehl behauptet, per Jan. 59,60, per Februar 59,70, per März-Juni 60,00, per Mai-August 59,80. Rüböl weichend, per Januar 65,00, per Februar 65,50, per März-Juni 67,00, per Mai-August 67,75. — Spiritus träge, per Januar 37,50, per Februar 38,25, per Mai-August 40,25, per September-Dez. 39,50. — Wetter: Milde.

Paris, 14. Januar. (Schlußbericht.) Rohzucker 88° ruhig, loko 33,00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 35,50, per Februar 35,75, per März-Juni 36,37½, per Mai-August 36,87½.

Havre, 14. Jan. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per März 97,50, per Mai 96,50, per September 93,25. Fest.

Havre, 14. Jan. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Baisse.

Rio 5000 Sack, Santos 6000 Sack. Recettes für gestern.

London, 14. Januar. 96pCt. Javazucker loko 15¼ stetig, Rüben-Rohzucker loko 12½ fest. Centrifugal Kuba —.

London, 14. Jan. Chili-Kupfer 52½, per 3 Monat 53.

London, 14. Januar. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Heiter, klarer Himmel.

Liverpool, 14. Januar. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 12 000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 B. Stetig.

Middl. amer. Lieferungen: Januar-Februar 5¼, Februar-März $5\frac{19}{64}$, März-April $5\frac{11}{32}$, April-Mai $5\frac{25}{64}$, Mai-Juni $5\frac{7}{16}$, Juni-Juli $5\frac{15}{32}$, Juli-August 5½, August-September $5\frac{15}{32}$ d. Alles Käuferpreise.

London, 14. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten träge, unverändert, russischer Hafer sehr fest, behauptet.

Keine Zufuhren.

Glasgow, 14. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbres Warrants 47 sh. 5½ d.

Leith, 14. Jan. Getreidemarkt. Weizen etwas fester gehalten, andere Artikel unverändert.

Antwerpen, 14. Januar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 21 bez. und Br., per Januar 19½ Br., per Februar 17¼ Br., per März 16¾ Br. Fest.

Amsterdam, 14. Januar. Java-Kaffee good ordinary 58¼.

Amsterdam, 14. Jan. Bancazinn 55.

Amsterdam, 14. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, per März 221, per Mai —. Roggen loko höher, do. auf Termine unveränd., per März 155 a 154 per Mai 149 a 148. Raps per Frühjahr — Rüböl loko 32, per Mai 30¼, per Herbst 30⅞.

Petersburg, 14. Januar. Produktenmarkt. Talg loko 43,00, per August —. Weizen loko 10,50. Roggen loko 7.25. Hafer loko 4,25. Hanf loko 43,00. Leinsaat loko 11,50. — Wetter: Frost.

Newyork, 13. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9⅜, do. in New-Orleans 9¼. Raff. Petroleum 70 Proz. Abel Test in New-York 7,40 Gd., do. in Philadelphia 7,40 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7,05, do. Pipe line Certificates per Februar 74. Stetig. Schmalz loko 6,20, do. Rohe u. Brothers 6,60. Zucker (Fair refining Muscovados) 4⅝. Mais (New) Februar 59⅞. Rother Winterweizen loko 105⅝. — Kaffee (Fair Rio-) 19. Mehl 3 D. 80 C. Getreidefracht 3½. Kupfer per Februar —,—. Weizen per Januar 103¾, per Februar 104⅞, per Mai 104⅝. — Kaffee Rio Nr. 7, low ordin. per Februar 15,97, per April 15,50.

Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 6 642 483 Dollars.

Newyork, 14. Jan. Rother Winterweizen per Januar 1 D. 05¼ C., per Februar 1 D. 05¼ C.

Berlin, 15. Jan. Wetter: Thauwetter.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 14. Januar. In Verbindung mit den von den auswärtigen Plätzen vorliegenden Berichten und unter dem Einfluß einer allgemein günstigen Beurtheilung der Börsenlage, in erster Linie hervorgerufen durch die jede Besorgniß ausschließende Lage des internationalen Geldmarktes, eröffnete der heutige Verkehr ziemlich lebhaft zu meist gebesserten Kursen, die zeitweise allerdings eine Abschwächung erfuhren, aber bald wieder durch eine ausgeprägt steigende Tendenz abgelöst wurden.

Diese haussirende Bewegung umfaßt fast alle Zweige des Verkehrs und wurde, neben Deckungskäufen der ängstlich gewordenen Contremine, durch vielfache Kaufsaufträge, die von Seiten des Privatpublikums vorlagen, unterstützt. Wurde gegen Schluß der Börse die Stimmung auch etwas ruhiger, so blieb doch die Festigkeit nach unwesentlichen Schwankungen überwiegend.

Bankaktien hatten in ihren spekulativen Titres größere geschäftliche Regsamkeit aufzuweisen bei Bevorzugung von Berliner Handelsgesellschaft, Darmstädtern, Diskonto-Kommandit und Oesterreichischen Kredit.

Inländische Eisenbahnaktien ziemlich lebhaft umgesetzt und besser bezahlt, besonders Dortmund-Enscheder, Mainzer, Lübeck-Büchener und Ostpreußen. Ausländische Bahnen nur vereinzelt belebter und fester. Ausgedehntere Beachtung fanden Franzosen auf Käufe für Pariser Rechnung, sowie Duxer.

Montanwerthe zeigten sich im Allgemeinen vernachlässigt und mußten sich auf den Rückgang der Glasgower Roheisenpreise vielfach Kursermäßigungen gefallen lassen. Andere Industriepapiere ruhig aber fest. Fremde Renten eher höher, aber wenig belebt. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe ꝛc. fest, mäßig belebt.

Privatdiskont 3⅛ Proz.

Produkten-Börse.

Berlin, 14. Januar. Die Getreidebörse war heute fest, da sie nach den Erklärungen des Reichskanzlers über die Handelsverträge eine Zollermäßigung vor dem 1. Januar 1892 nicht erwartet. **Weizen** wurde ¾ M., **Roggen** per Januar ½, per April-Mai 1 M. höher bezahlt bei ziemlich belebten Umsätzen. **Hafer** bei kleineren Umsätzen etwas fester. **Roggenmehl** besser bezahlt. **Rüböl** still. In **Spiritus** war die Lokozufuhr klein, der Preis besserte sich um 60 Pfg. Auch für Termine zeigte sich bessere Nachfrage, und bei lebhafteren Umsätzen stiegen die Preise um etwa 70 Pfg.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine fest und höher. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mk. Loko 180—198 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 189 Mark, per diesen Monat —, per Januar-Februar 190 bez., per März-April—, per April-Mai 193,5—194,5 bis 194 bez., per Mai-Juni 194—,5 bez., per Juni-Juli 194,5 bis 195 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine höher. Gekündigt 100 Tonnen. Kündigungspreis 177 M. Loko 167 bis 177 Mk. nach Qualität. Lieferungsqalität 175,5 Mark, inländischer guter 175—176,5 ab Bahn bez., per diesen Monat 177,25 bis 177 bez., per Januar-Februar 175,5 bezahlt, per Februar-März — bez., per April-Mai 169—,5 bez., per Mai-Juni 166,25 bis 166—,25 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Still. Große und kleine 130 bis 190 M. nach Qualität. Futtergerste 134—152 M.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko fest. Termine fest. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mark. Loko 138 bis 156 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 142 Mark, pommerscher, preußischer und schlesischer mittel bis guter 138—146, feiner 148 bis 154 ab Bahn bezahlt, per diesen Monat — bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März —, per März-April —, per April-Mai 141,25—,5—,25 bez., per Mai-Juni 141,75—142—141,75 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko unverändert. Termine geschäftslos. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mk. Loko 132—145 M. nach Qualität, per diesen Monat 128 nom., per Januar-Februar — bez., per März-April —, per April-Mai 128,5 nom., per Mai-Juni — bez.

Erbsen per 1000 Kg. Kochwaare 160—180 M., Futterwaare 136—143 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kg. brutto incl. Sack. Termine höher. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — Mark, per diesen Monat 24,2 bez., per Januar-Februar 24,15 bez., per Februar-März —, per März-April —, per April-Mai 23,35 bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sack. Loko 22,75 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Januar 12,80 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sack. Loko 22,75 M.

Rüböl per 100 Kilo mit Faß. Wenig verändert. Gekündigt 600 Ztr. Kündigungspreis 58 Mk. Loko mit Faß —, loko ohne Faß —, per diesen Monat 58 bez., per April-Mai 58,2—,5 bez., per Mai-Juni — bez.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Ztr. — M. Termine —. Gekündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loko — M. Per diesen Monat — Mark.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — Mark. Loko ohne Faß 67,5 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 47,8 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 Mark. Verbrauchsabgabe. Steigend. Gekündigt 50 000 Liter. Kündigungspreis 47,5 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 47,2—,6 bez., per Januar-Februar 46,8—47,3 bez., per April-Mai 47,3—,9—,8 bez., per Mai-Juni 47,7—48 bezahlt, per Juni-Juli 48 bis ,4 bez., per Juli-August 48,3—,7 bez., per August-September 47,9—48,4 bezahlt, per September-Oktober 45,9—46,1—46—,2 bez.

Weizenmehl Nr. 00 27,5—26, Nr. 0 25,75—24,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 24,25—23,05, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 25,00—24,25 bezahlt, Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll = 4¼ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf., 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto — Wechsel v. 14.

Amsterdam	2½	8 T.	169,05 bz
London	5	8 T.	20,34 bz
Paris	3	8 T	80,50 bz
Wien	4½	8 T.	177,90 bz
Petersburg	6	3 W.	237,90 bz
Warschau	6	8 T.	238,25 bz

In Berlin 4. Lombard 4½ u. 5.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,30 G
20 Francs-Stück	16,13 G.
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20.345 B.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,60 bz G
Oestr. Noten 100 fl.	178,05 bz
Russ. Noten 100 R.	238,60 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	106,60 bz
do. do.	3½	98,60 bz G.
do. do.	3	87,00 B.
Prss. cons. Anl.	4	106,20 bz
do. do.	3½	98,70 bz G.
do. do.	3	87,00 bz
Sts.-Anl. 1868	4	
Sts-Schld-Sch.	3½	99,50 bz G
BerlStadt-Obl.	3½	96,30 bz G.
do. do. neue	3½	96,50 bz G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	95,00 G.
Pfandbriefe: Berliner	5	116,60 G.
do.	4½	111,30 G.
do.	4	104,50 bz
do.	3½	97,10 G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	97,10 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	97,00 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,80 G.
Pommer.	3½	97,50 bz
do.	4	
Posensch.	4	101,25 G.
do.	3½	97,10 bz
Schl. altl.	3½	98,00 G.
do. do.	4	
ldschl. LtA.	3½	97,80 G.
do.	4	
do. do. neu	3½	97,80 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	97,20 bz
do. neul. II.	3½	97,30 B.
Renten: Pommer.	4	102,50 bz
Posensch.	4	102,50 bz
Preuss.	4	102,50 bz
Schles.	4	102,50 bz B.
Ba. Eisenb.-A.	4	
Bayer. Anleihe	4	106,00 B.
Brem. A. 1890	3½	97,75 bz G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,40 G.
do. do. 1886	3	86,20 G.
do. amortAnl.	3½	97,60 G.
Sächs. Sts. Anl.	4	
do. Staats-Rnt	3	88,30 G.
Prss. Präm-Anl	3½	170,00 G.
H. Pr.-Sch. 40 T.	—	327,75 G.
Bad Präm.-An.	4	138,90 bz
Bayr Pr.-Anl.	4	140 50 bz

Brnsch. 20 T.L.	—	105,90 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	136 75 G.
Dess. Präm.-A.	3½	138 50 bz
Ham. 50 T.-L.	3	140,00 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	132,25 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	27,75 bz
Oldenb. Loose	3	128,50 G.

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	72,20 bz B.
do. do.	4½	56,00 bz
Bukar. Stadt-A.	5	98,00 bz B.
Buen. Air. G.-A.	5	71,40 bz
Chines. Anl.	5½	109,30 bz G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	97,80 bz
do. 1890	3½	92,50 bz
do. Daira-S.	4	95,50 bz
Finnländ. L.	—	61,00 bz G.
Griech. G.-A	5	92,60 bz G.
do. neue	4	71,00 B.
Italien. Rente	5	93,40 G.
Kopenh. St.-A.	3½	95,50 B.
Lissab. St. A. I. II.	4	77,60 bz G.
Mexikan. Anl.	6	94,70 bz
Mosk. Stadt-A.	5	75,80 bz
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88	3	
Oest. G.-Rent	4	96,50 bz B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	80,75 bz G.
do. do.	5	92,30 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	81,00 G.
do. 250 Fl. 54.	4	
do. Kr. 100 (58)	—	329,25 bz
do. 1860er L.	5	128,25 bz
do. 1864er L.	—	323,10 bz B.
PesterStadt-A.	6	
Poln. Pf-Br. I-IV	5	72,50 bz
do. Liq.-Pf.-Br.	4	69,50 B.
Portugies. Anl. 1888—89	4½	86,80 bz B.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	105,00 bz G.
Röm. Stadt-A.	4	90,50 bz G.
do. II. III. IV.	4	81,00 G
Rum. Staats-A.		86,50 kl. —,—
do. do. Obl.	5	
do. fund. Obl.	5	101,50 G.
do. do. amort.	5	100,30 G.
Rss. Engl. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	119,25 bz
do. 1859	3	87,50 bz
cons. 1871		
do. 1872		
do. 1873		
do. 1875	4½	101,40 bz G.
do. 1889	4	98 50 bz B.
do. 1880	4	97,90 B.
Russ. Goldrent	6	107,25 bz
do. 1884 stpfl.	5	105,50 G.
I. Orient 1877	5	77,50 bz B.
II. Orient 1878	5	78,10 B.
III. Orient 1879	5	79,20 bz
Nikolai-Obl.	4	98,40 G.
Pol. Schatz-O.	4	94,50 bz
Prä.-Anl. 1864	5	186,00 B.
do. 1866	5	164,00 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	110,00 B.
do. neue	4½	102,10 bz G.
Schwedische	3½	95,25 bz
Schw. d. 1890	3½	95,10 bz B.
do. 1888	3	86,80 G.
Schw. Hyp.-Pf.	4½	103,00 bz B.
Serb. Gld-Pfdb.	5	94,75 bz
do. Rente	5	89,50 bz G.
do. do. neue	5	90,00 bz G.
Stockh. Pf. 87	4	
do. St.-Anl. 87	3½	92,25 bz G.
Span. Schuld	4	76,10 bz G.
Türk. A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	24,60 G
do. do. C.	1	18,90 G.
do. do. 90	4	74,50 bz
Trk. 400 Frc.-L.	—	81,10 bz
do. EgTrib-Anl	4½	89,80 G.
do. Tabk-Regie	4	
Ung. Gld-Rent.	4	92,50 bz
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,60 G.
do. do do.	4½	101,90 bz G.
do. Papier-Rnt.	5	90,30 G.
do. Loose	—	257,50 bz G.
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,25 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2⅝	71,20 bz B.
Altenbg.-Zeitz	$8\frac{4}{15}$	175,50 bz
Crefelder	4½	104,00 G.
Crefld-Uerdng	0	45,90 bz G.
Dortm.-Ensch.	3¾	95,00 bz
Eutin-Lübeck	1½	54,10 bz G.
Frnkf.-Güterb.	½	93,30 bz G.
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	225,50 bz
Lübeck-Büch.	7¾	170,75 bz
Mainz-Ludwsh	4⅔	119,75 G.
Marnb.-Mlawk.	⅛	63,90 bz G.
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,10 G.
Ostpr. Südb.	3	88,60 bz
Saalbahn	⅛	40,70 bz
Stargrd-Posen	4½	102,10 G.
Weimar Gera	0	24,00 G.
Werrabahn	3	76,25 bz G.
Albrechtsbahn	1	38,10 G.
Aussig-Teplitz	18½	446,00 G.
Böhm. Nordb.	7	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	
Buschtherader	8	218,10 bz G.
Canada Pacifb.	3	74,90 bz G.
Dux-Bodenb.	7½	239,75 bz
Galiz. Karl-L.	4	93,25 bz
Graz Köflach	7	122,75 bz
Kaschau-Od.	4	76,90 G.
Kronpr. Rud.	4¾	91,75 bz G.
Lemberg-Cz.	6¾	103,00 bz G.
Oesterr. Franz.	2,70	110,50 bz
do. Lokalb.	4	79,40 bz
do. Nordw.	4¾	
do. Lit. B. Elb.	5½	103,75 G.
Raab-Oedenb.	½	34,25 G.
Reichenb.-P.	3 81	79,30 bz G.
Südöstr. (Lb.)	1⅗	59,75 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	88,10 bz
Balt. Eisenb.	3	68,60 bz
Donetzbahn	5	102,25 G.
Ivang. Domb.	5	102,00 bz
Kursk-Kiew	10,44	
Mosco-Brest	3	74,20 bz
Russ. Staatsb.	5	129,25 G.
do. Südwest.	5⅔	85,00 G.
Warsch-Teres	5	102,00 bz
do. Wien.	15	232,00 bz
Weichselbahn	5	77,75 bz
Amst.-Rotterd.	6⅖	129,20 G.
Gotthardbahn	7⅕	163.40 bz
Ital. Mittelm.	5½	102,50 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	135,50 bz B.
Lüttich-Lmb.	0,45	28,00 bz G.
Lux. Pr. Henri	2,30	65,00 bz G.
Schweiz. Centr	6⅗	166,00 G.
do. Nordost	6	144,75 G.
do. Unionb.	5	126,25 bz
do. Westb.		
Westsicilian.	4	

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm-Colberg	4½	113,10 bz
Bresl-Warsch.	2¼	55,00 G.
Czakat.-St.-Pr.	5	
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	4½	109,30 G.
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	5½	88 75 bz
Dortm.-Ensch.	4½	112,40 bz G
MarienbMlawk	5	110,50 bz
Mecklb. Südb.	4	32,50 B.
Ostpr. Südbah	5	115,00 bz G
Saalbahn	5	109,25 G
Weimar-Gera	3⅓	98 90 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

BrslSchwFrb H		
do. Lit. K		
do. do. 1876		
Bresl.-Warsch	5	
Mz Ludwh 68/9	4	
do. 90	3½	96,60 bz
Meckl Fr. Franz	3½	
Nied-Märk III. S		
Oberschl. Lit. B	3½	
do. Lit. E	3½	97.90 bz B.
do. Em. v. 1879	4½	
doNiedrs Zwg	3½	
do (StargPos)	4	
OstprSüdb I-IV	4½	
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	91,70 G.
BuschGold-Ob	4½	
Dux-Bodenb. I.	5	92,90 bz
Dux-PragG-Pr.	5	106,50 bz G.
do.	4	103,40 G.
Franz.-Josefb.	4	86,00 G.
Gal KLudwg. g.	4½	88,60 G.
do. do. 1890	4	85,30 G
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,50 B.
Kronp Rudolfb	4	85,20 G.
do. Salzkammg	4	100,80 B.
Lmb Czernstfr	4	81,10 G.
do. do. stpfl.	4	74,25 G.
Oest. Stb. alt, g	3	84,00 bz G.
do. Staats- I. II	5	107,00 G.
do. Gold-Prio.	4	100,90 bz
do. Lokalbahn	4½	86,50 G.
do. Nordwestb	5	94,75 bz
do. NdwB. G.-Pr	5	106 60 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	93,90 bz
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	71,00 B.
Reichenb.-Prior. (SNV)	5	
do. Gold-Prior.	5	
Südost. B. (Lb.)	3	67,80 bz
do. Obligation.	5	05,10 G.
do. Gold-Prior.	4	99,40 bz
Chark.-Asow gar		
Chark. Krem. gar.	5	
Gr. Russ. Eis. gar.	3	
Jelez-Orel gar.		
Jelez-Woron. g.		
Ivang.-Dombr. g.	4½	100,30 G.
Kozlow-Wor. g.	4	92,30 bz
Kursk-Chark. 89	4	92,90 bz
do. Chark. As. (O)	4	92,40 bz
do. (Oblig.) gar.		
Kursk-Kiew conv	4	93,80 bz B.
Losowo-Sebast.	5	97,60 bz
Mosco-Jaroslaw	5	74,10 B.
do. Kursk gar.	4	87,90 G.
do. Rjäsan gar.	4	95,50 bz G.
do. Smolensk g.	5	100,75 bz
Orel-Griasy conv	4	92,30 G.
Poti-Tiflis gar.	5	101,80 bz
Rjäsan-Koslow g	4	93,70 bz
Rjaschk-Morozg	5	100,70 bz
Rybinsk-Bolog.	5	96,50 bz
Schuja-Ivan. gar.	5	100 75 G
Südwestb. gar.	4	95,20 bz
Transkaukas. g.	3	82,00 bz G.
Warsch.-Ter. g.	5	101,80 bz
Warsch-Wien n.	4	96,10 bz
Wladikawk. O. g.	4	94,00 G.
Zarskoe-Selo	5	82,75 G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	57,70 bz G
Serb. Hyp.-Obl.	5	93,60 bz B.
do. Lit. B	5	91,10 G.
Süd-Ital. Bahn	3	60,75 bz
Central-Pacific	5	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	98,60 G.
Northern Pacific	6	112,80 bz G.
San Louis-Francisco	6	107,25 G.
Southern Pacific	6	109,6

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	92,60 bz
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	112,00 B.
do. do. II.	3½	108,25 G.
do. do. III. abg.	3½	97,70 G.
do. do. IV. abg.	3½	97,25 G.
do. do. V. abg.	3½	94,00 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	110,80 G
do. do.	4	100,75 bz G.
do. do.	3½	94,00 bz G
Hmb. Hyp. Pf. (rz. 100)	4	100,75 bz
do. do. (rz. 100)	3½	94,0 bz
MeiningerHyp Pfdbr.	4	100,[illegible]0 bz G.
do. Pr.-Pfdbr	4	130,30 G.
Pomm. Hypoth.-Akt.		
B.-Pfandbr. III u. IV.	4	100,50 bz G.
PrB.-Cr. unkb (rz. 110)	5	114,00 G.
do. Sr. III. V. VI. (rz 100)	5	107,75 G.
do. do. (rz. 115)	4½	
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,25 bz
do. do. (rz. 100)	4	100,60 bz
Pr. Centr.-Pf. (rz. 100)	4	101,10 bz
do. do. (rz. 100)	3½	95,00 bz
do. do. kündb.	4	
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	94,70 bz G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	112,25 G.
do. div. Ser. (rz. 100)	4	100,70 bz G
do. do. (rz. 100)	3½	94,80 bz G
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	110,25 G.
do. do. do	4	100,70 bz G.
do. do. do.	3½	94,00 bz
Schles. B.-Cr (rz. 100)	4	100.70 B.
do. do. (rz. 100)	3½	91,75 G.
Stettin, Nat.-Hyp.-Cr	5	
do. do. (rz. 118)	4½	104,75 G.
do. do. (rz. 110)	4	100,50 bz
do do (rz. 100)	4	99,00 bz G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	2⅛	73,40 bz G.
Berl. Cassenver.	6	135,10 G
do. Handelsges.	12	163,00 bz B.
do. Maklerver.	10	129,75 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	12	163,00 G
Bresl. Disc.-Bk.	7	106,10 bz
do. Wechslerbk.	7	105,50 bz B.
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	10½	160,00 bz G.
do. do. junge	4	
Deutsche Bank	10	163,90 bz
do. Genossensch	8	126,00 B.
do. Hp. Bk. 60 pCt.	6¼	111,10 G.
Disc.-Command.	14	218,25 bz
Dresdener Bank	11	160,30 bz G.
Gothaer Grund-creditbank	0	89,00 bz G.
Internat.-Bank	9	110,05 bz
Königsb. Ver.-Bk	6	101,25 bz
Leipziger Credit	12	201,25 bz G.
Magdeb. Priv.-Bk	5⅔	112,50 bz G.
Maklerbank	9	122,00 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	7½	126,40 bz G.
Meininger Hyp.-Bank 50 pCt.	5	104,25 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	7	114,60 bz B.
Nationalbk. f. D.	10	137,40 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	30,00 bz G.
Oester. Credit-A.	10⅝	176,40 bz
Petersb. Disc.-Bk	19	
do. Intern. Bk.	15	
Pom. Vorz.-Akt.	—	
Posen. Prov.-Bk.	6	
Pr. Bodencr.-Bk.	6½	121,25 bz
do. Cnt-Bd. 50 pCt	10	155,60 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	119,75 bz G.
do. Hyp. V. A. G. 25 pCt.	8	198,00 bz G.
do. Immob.-Bank 80 pCt.	7½	358,00 G.
do. Leihhaus	10	115,00 bz
Reichsbank	7	141,00 bz B.
Russische Bank	6⅕	83,50 B.
Schles. Bankver.	8	123,70 B.
Warsch Comrzb.	9	
do. Disconto	8¼	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	10	74,00 bz G.
Anglo Ct. Guano	12½	158,90 G.
Bauges. Berl.-Charl.	4	131,00 bz G.
City St.-Pr.	5	91,40 bz
Dtsche. Bau.	3⅓	81,50 bz G
Hann. St.-P.	4	81,75 bz G.
Bauges. Humb.	8	119,00 bz G.
Moabit	7	120,00 bz G.
Passage	5½	70,00 bz G.
U. d. Linden	0	27,00 G.
Berl. Elektr-W.	10	184,50 bz
Berl. Lagerhof	0	91,00 bz
do. do. St.-Pr.	5	120,00 bz G.
Ahrens Br., Mbt	0	68,00 bz B.
Berl. Bock-Br.	0	68,00 bz B.
Schultheiss-Br	16	275,50 G.
Bresl. Oelw.	4¾	102,05 bz G.
Deutsch. Asph.	3	72,00 G.
DynamitTrust.	8½	163,60 bz
Erdmannsd. Sp	6½	92,10 G.
Fraust. Zucker	0	102,50 bz G.
Glauz. do.	8⅔	110,10 bz G.
GummiHarbg.-Wien	29	275,50 G.
do. Schwanitz	14½	193,75 G.
doVoigtWinde	6	131,25 G.
do. VolpiSchlüt	6½	104,40 G.
HemmoorCem	13	133,00 bz G.
Köhlm. Strk.	14	220,00 B.
Körbisdf-Zuck.	5	105,24 bz G.
Löwe & Co.	18	364,00 bz G.
Bresl. Linke	12	170,00 bz G.
do. Hofm.	12	165,30 bz G.
Germ-Vrz.-Akt	—	107,90 bz G.
Görlitz cv.	13	150,00 bz G.
Görl. Lüdr	13	169,40 bz B.
Grusonwrk.	5	162,00 bz G.
H. Paucksch	8	
Schwarzkopff.	16	278,00 bz G.
Stettin. Vulk.-B	0	121,70 bz G.
Sudenburg	20	277,00 G.
O.-Schl. Cham.	10	113,75 bz G.
do. Portl.-Cem	10	115,00 bz G.
OppelnCem-F.	7	107,50 bz G.
do. (Giesel)	10	115,00 bz G.
Gr. Berl. Pferdb	12½	251,50 bz G.
Hamb. Pferdeb	5	124,50 bz G.
Potsd. cv Pfdrb	5½	105,50 B.
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	7	75,50 bz G.
Schles. Cem.	14½	149,00 bz G.
StettBred. Cem	7	130 00 bz G.
do. Chamott.	25	229,00 bz G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	12	177,50 bz G.
Berzelius	6½	119,00 bz G.
Bismarckhütte	18	166,00 bz G.
BochGussst-F.	10	149,60 bz
Donnersmrck	4	106,50 bz
Dortm. St-Pr. A	4	86,90 bz B.
Gelsenkirchen	7	177,75 bz G.
Hibernia	8½	194,25 bz
Hörd St.-Pr.-A.	—	71,50 bz G.
Inowracl. Salz	0	44,00 bz G.
König u. Laura	11	142,40 bz
Lauchham. cv.	13	147,00 G.
Louis. TiefStPr	3	159,25 bz B.
Oberschl. Bd.	6	89,50 G.
do. Eisen-Ind.	14	157,60 G.
Redenh. St.-Pr.	7	80,60 B.
Riebeck. Mont.	15	184,10 bz G.
Schles. Kohlw.	0	62,90 bz B.
do. Zinkhütt.	13	190,50 G.
do. do. St.-Pr.	13	190,50 G.
Stolb. Zk.-H.	2½	66,40 bz
do. St.-Pr.	7½	27,20 bz G.
Tarnowitz cv.	0	
do. do. St.-Pr.	7	71,50 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.